

NÜRNBERGER



FRIEDENSFORUM

c/o Angela Rauscher
Königshammerstr. 15a
90469 Nürnberg
e-mail: info@friedensforum-nuernberg.de
Internet:
<http://www.friedensforum-nuernberg.de>
Sonderkonto:
Ewald Ziegler, Postbank Essen
IBAN: DE60360100430695292437
BIC: PBNKDEFF
31. März 2014

Sehr geehrte Damen und Herren.
Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Krimkrise: Noch keine Entwarnung

Russland hat nach der Abstimmung auf der Krim die Eingliederung in den eigenen Staat faktisch abgeschlossen. Dadurch wird aber der völkerrechtswidrige Inhalt des Vorgangs nicht aus der Welt geschafft. Deshalb Strafsanktionen gegen Russland zu verhängen mutet zumindest seltsam an, wenn dies Staaten tun, die selbst in solchen Fällen schon das Völkerrecht gebrochen haben. Dies bestätigt auch Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt: „das Völkerrecht sei schon viele Male gebrochen worden, unter anderem beim Eingreifen des Westens in den libyschen Bürgerkrieg“ (NN, 27.03.14, S. 4)

Statt Säbelrasseln und Drohgebärden sind Schritte der Deeskalation und eine Rückkehr zum Völkerrecht gefordert. Das Völkerrecht muss wieder uneingeschränkt gelten – und zwar für jeden Staat!

Ukraine

Anstatt die angekündigten Wahlen abzuwarten, hat die EU sehr schnell mit der aus einem Staatsstreich hervor gegangenen Regierung den politischen Teil eines Assoziierungsabkommens in Kraft gesetzt. Der beinhaltet u.a. als Ziel `die zunehmende Konvergenz zwischen EU und der Ukraine in allen politischen und Sicherheitsfragen`.

Es ist zu befürchten, dass das Land dadurch nicht zur Ruhe kommt, sondern die gefährliche Gemengelage aus sozialer Not, Oligarchen und Nationalismus sich noch verschärft.

Gründe: Ab 1. Mai werden die Gaspreise aufgrund des an Russland zu zahlenden Weltmarktpreises statt des bisherigen Freundschaftspreises und der vom IWF erzwungenen Streichung der staatlichen Subventionen um 50% steigen. Außerdem soll jeder zehnte Arbeitsplatz im staatlichen Sektor gestrichen werden. Man kennt die Bedingungen von IWF-Krediten ja von Entwicklungsländern und seit ein paar Jahren auch von den südlichen Ländern der EU.

Es gibt keinerlei Anzeichen, dass die Macht der Oligarchen auch nur angekratzt wird. Ihre Präsenz und ihr Einfluss in der Politik sind ungebrochen. Und das scheint auch nach den Wahlen so zu bleiben.

Zu Beginn der letzten Woche wurde ein Anführer des „Rechten Sektors“ in der Westukraine von der Polizei erschossen. Deshalb stürmten am 27. März etwa 2 000 Anhänger des „Rechten Sektors“ das Parlamentsgebäude in Kiew. Sie erzwangen dabei die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, dem auch Mitglieder des „Rechten Sektors“ angehören.

Die Oligarchin Timoschenko hat in einem mitgeschnittenen Telefonat zu rassistischer Gewalt gegen Putin und Russen aufgerufen. Das hat sie auch eingestanden. Den geäußerten Wunsch nach einem Atomwaffeneinsatz bestreitet sie.

Gegensteuern mit vertrauensbildenden Maßnahmen und wirtschaftlicher Hilfe ist eigentlich dringend erforderlich!

Aus den Schlagzeilen 1 ...

... ist der Krieg in Syrien. Im Windschatten der Krise in und um die Ukraine sind der Krieg in Syrien und die anberaumten Friedensverhandlungen aus der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend verschwunden. Der Krieg geht trotzdem weiter und erfährt an der türkisch-syrischen Grenze eine gefährliche Zuspitzung. Am 23. März hat die Türkei im Grenzgebiet einen syrischen Kampffjet abgeschossen. Beide Seiten beschuldigten sich gegenseitig. Vier Tage später wurde auf der Internetplattform youtube ein geheimer Gesprächsmitschnitt aus dem Büro des türkischen Außenministers veröffentlicht. Inhalt: Der Außenminister, sein Staatssekretär, der Geheimdienstchef und der Vizegeneralstabschef beraten darüber, unter welchem Vorwand türkische Truppen in Syrien einmarschieren könnten. Auf scharfe öffentliche Reaktionen der türkischen NATO-Verbündeten hat man bisher vergebens gewartet.

Aus den Schlagzeilen 2 ...

Im Juli 2013 sind Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde unter Vermittlung des US-Außenministers übereingekommen, bis zum 29. April 2014 eine Vereinbarung über eine Zwei-Staaten-Lösung abschließen zu wollen. Fortschritte in diese Richtung wurden bisher nicht gemeldet. Gegenseitige Vergeltungsmaßnahmen und der Beschluss Israels über den Bau weiterer Siedlungen bestimmen die Nachrichten.

Ostermarsch am Ostermontag, den 21. April in Nürnberg

Die Vorbereitungen für den Ostermarsch laufen. Dem Schreiben liegt das Flugblatt bei. Flugblätter können bestellt werden bei: Ewald Ziegler, Tel.: 0911 – 41 83 73 oder EwaldZiegler@t-online.de

Zeitungsanzeige: Ein Dankeschön allen, die uns bereits ihre Unterstützung mitgeteilt haben. Um eine ansehnliche Anzeige platzieren und bezahlen zu können brauchen wir noch UnterstützerInnen. Helfen Sie mit, damit das gelingt!

Wichtig! Aus organisatorischen Gründen können wir in der Anzeige nur Personen berücksichtigen, die einen Unterstützungsabschnitt bei uns abgegeben haben. Eine Einzahlung auf das Konto, so wichtig sie auch ist, alleine reicht nicht. Ein Vordruck zur Unterstützung liegt bei.

Wie im letzten Rundbrief bereits angekündigt, werden wir bei der Zeitungsanzeige in einem abgesonderten Kasten kurz auf die Krise Ukraine/Krim eingehen.

Nächstes Treffen

Dienstag, den 20. Mai, um 19.00 Uhr
im Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6 in Nürnberg.

Mit friedlichen Grüßen

Anna Beltinger

Arno Weber

Lesenswert

Willy Wimmer, CDU, von 1988 bis 1992 Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, protestiert in einem Brief an den Rektor des Uni Bonn gegen die geplante Einrichtung eines Henry Kissinger Lehrstuhls. Kurzer Auszug: „ ... Ich halte diese Entscheidung für empörend. Niemand hat so sehr in den Jahren vor dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien wie der künftige Namensgeber für diesen Lehrstuhl in der internationalen und auch deutschen Presse die Beseitigung der bestehenden völkerrechtlichen Ordnung gefordert. ...“ nach junge welt, 27.03.14; S. 8

Vollständiger Text unter: www.bremerfriedensforum.de/300/appelle/bitte-mitmachen/